

Antisemitismus: Wir müssen benennen, was ist

Bundesrat Beat Jans hat den orthodoxen Juden, der in Zürich Anfang März von einem Jugendlichen niedergestochen wurde, in der Reha besucht, und die Story kam gross im Blick. Der Bundesrat sagte, so etwas dürfe sich nicht wiederholen. Fein und unzureichend. «Was mit ihm passiert ist, das ist eine schreckliche Tat, welche man in aller Form verurteilen muss. Wir als Bundespolizeibehörde nehmen die Tat sehr, sehr ernst.» Dies sagte er weiter in einem Interview mit SRF – es sei eine Terrortat gewesen. Ich hätte gerne gehört, dass er, der Mensch und Bundesrat Jans, Antisemitismus aufs Schärfste verurteilt. Das wäre absolut notwendig gewesen, denn: «Der Antisemitismus ist genau das, was er zu sein

vorgibt: eine tödliche Gefahr für Juden und nichts sonst» (Hannah Arendt).

Seit dem Überfall der Hamas Anfang Oktober 2023 auf Israel sind Dämme gebrochen, und viele lassen dem Antisemitismus laut freien Lauf. Aber nicht wahr: Neu sind solche Strömungen nicht wirklich, sie sind «nur» explodiert. Wie viel dumme und grenzüberschreitende Sprüche sind lange zuvor schon üblich gewesen? In den letzten Jahren ist diesbezüglich eine Verlüderung der Sprache und des Denkens eingetreten – und es gilt auch hier die Broken-Windows-Theorie, die besagt, dass damit gerade der Boden bereitet wird für Schlimmeres. Das ist eingetreten: Der antisemitische Opportunismus ist sehr salonfähig geworden.

Dem Judenhass muss aktiv begegnet werden in Politik, Bildung und Unternehmen. Die Verantwortung ist somit breit gestreut, und sie ist wahrzunehmen in Worten und in Taten. Das tönt einfach, ist es aber nicht. Es muss erlaubt sein, Israels Politik zu kritisieren – diese Kritik darf indes kein Instrument des Antisemitismus darstellen. Schon daraus erhellt, dass es bei der Bekämpfung des Antisemitismus nicht um allgemeine Gewaltprävention geht. Das ist nicht der Punkt. Es geht nicht um das Jugendstrafrecht, wie nach der Tat in Zürich argumentiert wurde.

Nicht nachvollziehbar und vollkommen unverständlich ist es, weshalb bis heute keine deutlichen Worte (etwa in Davos 2024) beispielsweise von sonst

gerne jeden Slot für einen öffentlichen Auftritt nutzenden Unternehmensführern gekommen sind, etwa des Inhalts: Jüdinnen und Juden sind selbstverständlicher Teil eines diversen Unternehmens, und es gilt absolute Nulltoleranz für antisemitisches Geschwätz (denn damit fängt es bekanntlich niederschwellig an). Diversität ist unstrittig ein Profit-beziehungswise Qualitätsbooster – das wird immer wieder betont, seit Jahrzehnten. Dazu kommt natürlich der wirtschaftsethische Aspekt; ebenso zählen prinzipielle Integritätsüberlegungen.

Eine positive Besetzung des Themas Anti-Antisemitismus in Wirtschaft und Bildung ist somit betriebs- und volkswirtschaftlich ein dringender Imperativ, und es bedarf der

Massnahmen. Sie lassen sich durch Synergien mit bestehenden Diversitybemühungen effizient realisieren und bilden Teil von Compliance-Massnahmen im Rahmen einer integren und verantwortungsvollen Geschäftsführung beziehungsweise Gesellschaftspolitik. Es braucht mehr institutionelle Rückenstützen. Dabei ist einmal mehr «the tone at the top» ganz entscheidend. Es braucht Wirtschaftsführer, die vorangehen, Führungskräfte, die hinstehen, betriebsinterne Regeln, die unmissverständlich sind und konsequent durchgesetzt werden.

Professioneller Umgang mit dem Thema Antisemitismus am Arbeitsplatz ist auch insofern bedeutsam, als sich Selbstbild, Selbstverständnis und Wertesystem des Unterneh-

mens unter anderem darin ausdrücken, wie es damit umgeht. Die Qualität des ganzen Unternehmens wird davon mitbeeinflusst und beeinflusst so nicht zuletzt Denk- und Verhaltensmuster der einzelnen Beteiligten. Das ist für die Prävention von antisemitischen Entwicklungen essenziell: Vorbild der Führung und Bildung stehen im Mittelpunkt; auch hier.



Monika Roth
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Hinweis
Monika Roth ist Professorin und selbstständige Rechtsanwältin.